

Wald im Eigentum der öffentlichen Hand:

Eine Chance für mehr Marktwirtschaft im ländlichen Raum.

Stephan Fischer

Privatinstitut für nachhaltige Politik

Eberswalde

fischer@pinap.de

0179-5121637

Einleitung:

In Deutschland gibt es ca. 11 Mio. Hektar Wald.¹ Etwa die Hälfte der Fläche befindet sich in Privatbesitz², die zweite Hälfte bilden Wälder im Eigentum des Bundes, der Länder und der Kommunen und Kirchen. Auf den ersten Blick handelt es sich um einen ausgewogenen Mix der Eigentumsformen.

Betrachtet man hingegen die Struktur des Privatwaldes, wird sichtbar, dass es sich meist um sehr kleine Betriebe (ca. 57% unter 20 ha)³ handelt. Beispiel: In Brandenburg rechnet man mit 174227 ha Kleinstwald (unter 5 ha) und weiteren ca. 96003 ha Kleinwald (unter 20 ha)⁴.

Daraus ergibt sich eine vergleichsweise sehr starke Position der öffentlichen Waldbesitzer, bzw. der jeweiligen Verwaltungen, die Flächen von ca. 50000 ha bis über 700000 ha bewirtschaften.⁵

Im Folgenden möchte ich darstellen, welche Auswirkungen dieses Phänomen auf das Umfeld der Forstwirtschaft aus Sicht der privaten Waldbesitzer hat.

Dabei wird die IST-Situation (Szenario A, anhand Beispielen aus Brandenburg) einem Szenario B gegenübergestellt.

Szenario B: Dabei handelt es sich um eine teilweise Auflösung der großen Landesforstbetriebe bei gleichzeitiger Vergabe der Bewirtschaftung an Dienstleister/ Pächter in der Größenordnung 3000-10000 ha. Das Eigentum soll nicht angetastet werden.

Holzmarkt:

Ein privater Waldbesitzer möchte meist seinen Erlös maximieren, wird aber selbst bei mehreren Tausend Festmetern Vermarktungsmenge eher als Mengenfolger agieren. Bei öffentlichen Forsten tritt einerseits das Phänomen des inversen Angebotsverhaltens auf: Sinkt der Preis, dann wird mehr Holz angeboten. Steigt der Preis, wird weniger angeboten, denn der Umsatzplan wird mit einer geringeren Menge erfüllt. Andererseits werden Preise künstlich hochgehalten.⁶ Wie entstehen Preise, bzw. wie legen Verwaltungen ihre Preisforderungen fest? Da sie staatlich subventioniert werden, müssen sie keine kostendeckenden Erlöse erwirtschaften, sondern „den Plan erfüllen“. Im Konjunkturverlauf treten folgende Verhaltensweisen auf: Bei Beginn einer Konjunkturbelebung hinkt der Planpreis dem Marktpreis hinterher, der dann innerhalb eines Jahres angepasst wird. Bei der folgenden Abkühlung tritt das gleiche Phänomen mit umgekehrten Vorzeichen auf: Die großen Verwaltungen versuchen weiter die Erlöse zu maximieren, gegen den Markt. Im Privatwald richtet man sich nach den Abschlüssen im Staatswald. Bei vorübergehender Holzknappheit wird der Preis nur gedämpft steigen, bei Holzüberfluss nur gedämpft sinken. Bislang haben andererseits Staatsbetriebe nach Sturmereignissen Holzlager gebildet und so den Markt kurzfristig entlastet. Mittelfristig sorgte das Vorhandensein von Nasslagern allerdings psychologisch für niedrige Preise.

Die Struktur der Holzanbieter beeinflusst die Struktur der Nachfrager: Wenige große Forstverwaltungen kooperieren mit wenigen großen Verbrauchern (siehe AGR), die gegenüber einem privaten Waldbesitzer in der Regel Wettbewerbsvorteile (z. B. Marktkenntnis, Kapitalstärke) haben.

Szenario B: Der private Bewirtschafter ist Teilnehmer auf einem polipolen Markt. In Zeiten von Holzknappheit kann er (sehr) hohe Preise realisieren und evt. an nachgeordnete Dienstleister weitergeben, während z. B. nach Großstürmen die Preise sinken und der Wirtschaftler (bei niedrigen Fixkosten) den Verkauf drosseln wird. Durch das regionale Angebot werden regionale Sägewerke

¹ Vgl. LFE (2005): Die zweite Bundeswaldinventur –BW12, S. 8.

² Ebenda, S. 9.

³ Ebenda, S. 9f..

⁴ Ebenda, S. 35.

⁵ Ebenda, S. 96.

⁶ Holzzentralblatt (16/2012): Sägeindustrie kritisiert Preispolitik wichtiger Landesforste, 20. 4.2012, S. 417.

wieder bessere Marktchancen haben. Sie sind meist eigentümergeführt und wesentlich besser gegenüber Krisen am Kapitalmarkt gewappnet als stark fremdfinanzierte Konzerne. Der Waldbesitzer, auch im aussetzenden Betrieb, hat idealerweise mehrere benachbarte Holzinteressenten, zwischen denen er eine marktwirtschaftliche Auswahl treffen kann.

Arbeitsmarkt:

Die weitaus meisten Förster arbeiten in großen Verwaltungen. Dort nimmt der Anteil von Spezialisten immer mehr zu, während Generalisten (Forstamtsleiter, Revierförster) immer seltener werden. Einige wenige Förster sind in privaten Verwaltungen beschäftigt, daneben gibt es eine zunehmende Menge an freiberuflichen Sachverständigen. Die Bezahlung im Staatsforst ist für Berufsanfänger vergleichsweise hoch: Während auf dem freien Markt zur Zeit ca. 10 €/h für Akademiker geboten werden, erhält man im öffentl. Dienst meist A13. Die marktferne Entlohnung im Staatsforst wirkt als Anreiz, dass noch mehr Interessenten auf den Markt drängen und schließlich im Privatsektor verbleiben.

Für den privaten Waldbesitzer ist Beratung und Betreuung interessant. Ihm steht dafür in der Regel nur ein örtl. Vertreter der Staatsforstverwaltung zur Verfügung. Eine Wahl ist meist nicht gegeben, in Zeiten der Organisationsreformen kommt es häufig zu Personalwechseln. In Fragen von z. B. Standortskunde und Forstinventur sind manche Staatsförster nicht ausreichend qualifiziert.

Die freiberuflichen Förster im Szenario B könnten eine Alternative sein. Sie werden aktuell durch den teils ruinösen Preiswettbewerb der staatl. Kollegen quasi vollständig verdrängt. In Brandenburg wird z. B. Auszeichnung von Landesforstbetrieb und Lafos GmbH (BVVG nahe Institution) angeboten. Auch Forstbetreuung wird angeboten, oftmals –mit alten Verträgen- zu nicht kostendeckenden Preisen. Gleichzeitig nutzen diese Kollegen staatliche Informationen und Informations-Systeme, die nur ihnen ohne zeitaufwändige Beantragung (und meist kostenfrei) zustehen.

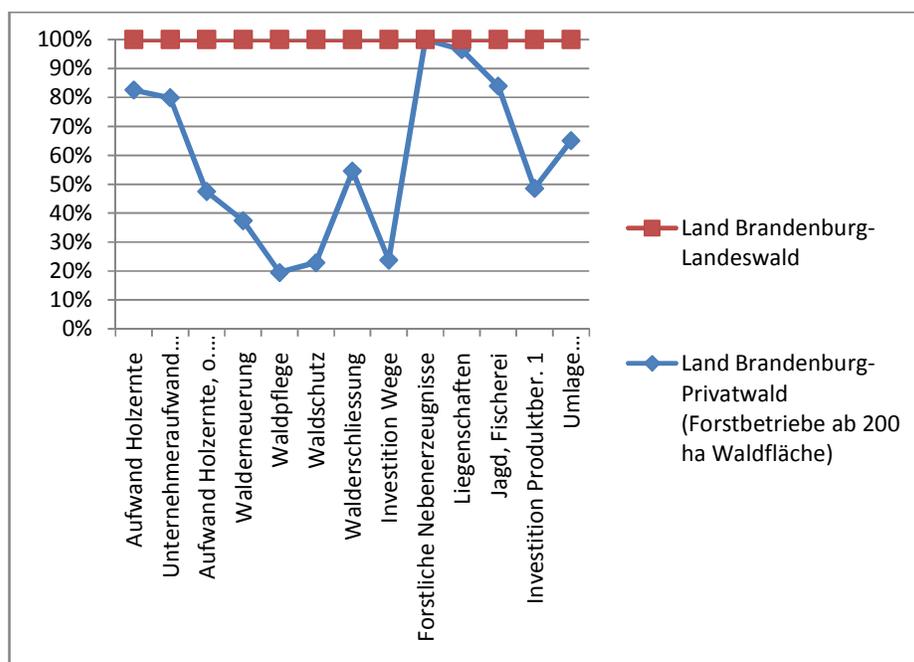


Abb. 1: Kennzahlen-Vergleich für Aufwand Produktbereich 1 im Landes- und Privatwald⁷

⁷ Vgl. BMELV-Testbetriebsnetz Forst Brandenburg (2003-2010), Link: <http://forst.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.235334.de?highlight=testbetriebsnetz>

Wald-Bodenmarkt:

Der Immobilienmarkt war bis vor ein paar Jahren zweigeteilt: Im Westen, wo fast keine Flächen verkauft wurden, lag der Preis der wenigen Abschlüsse weit oberhalb der wirtschaftlichen Ertragskraft dieser Flächen. Staatliche Bewertungsstellen benutzten hochwissenschaftl. Tabellen, die diese Werte rechtfertigen sollten. In den neuen Bundesländern lagen die Preise seit der „Wende“ am Boden, da ein großer Teil der privaten Kleinwaldbesitzer ihren Wald verkaufen oder verschenken wollten. Dies wurde noch verstärkt durch die Privatisierung der BVVG, wo Preise zwischen 500 und 1500 EUR/ha aufgerufen wurden. Der regulierte BVVG-Verkauf führte so in den neuen Ländern zu einer kalten Enteignung all der Waldbesitzer, die verkaufen wollten. Zum Vorteil derer, die Wald kauften. So entstand eine Zweiklassengesellschaft von Waldbesitzern. Inzwischen hat sich die Verkaufsaktivität deutlich verringert. Zusätzliche Flächen für Privatbetriebe sind nur noch im Privatwald oder im öffentlichen Wald zu generieren. Im Privatwald und seitens der BVVG werden inzwischen völlig überhitzte Preise (5000-10000 €/ha)⁸ verlangt. Für die wenigen Waldbesitzer, die verkaufen wollen, ist dies gut. Die meisten Waldbesitzer wollen sich jedoch im Gegenteil vergrößern. Ein maßvoller Verkauf von Splitterflächen oder Exklaven durch die Landesforstverwaltung wäre in dieser Phase nicht nur betriebswirtschaftl. sinnvoll, sondern würde der Nachfrage gerecht werden. Darüberhinaus wäre eine Verpachtung von Flächen (Szenario B) denkbar, die einfach strukturiert und daher einfach zu kontrollieren sind, und wo nur wenig Erholungs- und Schutzfunktionen beachtet werden müssen. Nach meinen Schätzungen betrifft dies mind. ca. 60% des märkischen Landeswaldes, also ca. 150.000 ha. Bei einer Losweisen Abgabe an angrenzende Forstbetriebe oder Forstdienstleister könnten so 150 Pachtverträge entstehen, mit einem Ertrag von mindestens ca. 1,5 Mio. €. Der Kontrollaufwand wäre sicherlich deutlich niedriger als die bisherigen Verwaltungskosten auf dieser Fläche von ca. 17,4 Mio. €. ⁹ So könnte man ein Potential nutzen, was sich aus den deutlich niedrigeren Kosten von privaten Betrieben ergibt (vgl. Abb. 1).

Markt für forstl. Betreuung:

Die Richtlinie über die tätige Mithilfe¹⁰, bzw. die Konditionen der Alt-Verträge, fungieren als Höchstpreis-Verordnung, da Waldbesitzer sich flächendeckend, und ohne Berücksichtigung ggf. aufwand- oder preisrelevanter Besonderheiten an diesen Preisen orientieren. Damit wird der Entwicklung eines privaten Angebotes eine große Barriere entgegengestellt. Ein nur rudimentär vorhandener gesunder forstl. Mittelstand bestätigt diese mittelstandsfeindliche Politik.¹¹

So betreut die Landesforstverwaltung Brandenburg neben den Landeswaldflächen auch Privatwald und berechnet dafür neuerdings im Durchschnitt 30€/ha.¹²

In einem abweichenden Szenario B könnten private Dienstleister in den regionalen Forstbetrieben tätig werden. Sie könnten in der Nachbarschaft privatwirtschaftl. Betreuung zum Wohle der örtl. Eigentümer durchführen. Der Waldbesitzer hätte die Wahl zwischen ggf. mehreren Anbietern von Betreuungsleistungen.

⁸ Vgl. Höchstgebote bei BVVG-Waldverkauf, Link:

[http://www.bvvg.de/Internet/waktuell.nsf/vbroinfo/dPDFHoechstgeboteWald_webaktuell/\\$File/HoechstgeboteWald.pdf](http://www.bvvg.de/Internet/waktuell.nsf/vbroinfo/dPDFHoechstgeboteWald_webaktuell/$File/HoechstgeboteWald.pdf)

⁹ Vgl. BMELV-Testbetriebsnetz Forst Brandenburg (2003-2010), Link:

<http://forst.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.235334.de?highlight=testbetriebsnetz>

¹⁰ Vgl. Katalog Einzelleistungen (2007):

<http://www.mil.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/Liste%20Entgelte%20f%C3%BCr%20t%C3%A4tige%20Mitarbeiter.pdf>

¹¹ Vgl. Kleine Anfrage G. Beyer (2011), link:

http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_2600/2652.pdf

¹² Ebenda, Frage 7.

Markt für forstl. Dienstleistungen:

Die Dienstleistungen beinhalten alle praktischen Arbeiten, wie Pflanzen, Zäune bauen, Fällen usw.

Wie schon beim Leitungs-Personal sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen im öffentl. Bereich marktfern, also –meist unter Einfluss der Gewerkschaften- überhöht. Viele im Staatsforst anfallende Arbeiten werden demzufolge ausgeschrieben. Dabei werden teils Lose gebildet, die für Einzelunternehmer nahezu unmöglich zu bewerkstelligen sind. Außerdem liegen die Preise sehr niedrig, die Verträge haben stellenweise den Charakter von Knebelverträgen. Dem kleinen Harvester-Unternehmer ist es aufgrund seiner schwachen Marktposition meist nicht möglich, auf Augenhöhe faire Verträge zu verhandeln. Bei späteren Streitigkeiten steht ihm eine Verwaltung gegenüber, die über nahezu unbegrenztes Fach-Personal sowie eine unbegrenzte finanzielle Streitkasse verfügt.

Die langfristige Folge ist, dass kleine örtliche Unternehmer verschwinden, und auch auf dem Markt für Dienstleistungen immer größere Akteure dominieren. Dies ist wiederum für den privaten Waldbesitzer nachteilig, weil er oft gar nicht diese „hidden champions“ (versteckten Sieger) kennt und diese sich für kleine private Lose in der Peripherie nicht mehr interessieren.

Im Szenario B lösen private Bewirtschafter bei Bedarf Aufträge aus. Die Vertragsgestaltung ist privat, also vielgestaltig. Risiko und Preise halten sich im Gleichgewicht. Streitigkeiten sind für beide Seiten unerstreblich und zu vermeiden. Lokale Unternehmer und lokale Waldbewirtschafter bilden langfristige und private Geschäftsbeziehungen, die auch niemals in Korruptionsverdacht geraten können und daher keiner Kontrolle bedürfen. Da private Waldbewirtschafter meist in Hochpreis-Situationen Holz verkaufen wollen, wird es einen recht schwankenden (volatilen) Markt geben, der gute Gewinne für selbstfahrende Maschinen-Unternehmer mit niedrigen Fixkosten ermöglicht.

Ein interessantes Beispiel ist die Waldverjüngung im märkischen Wald: Aufgrund politischer Vorgaben (Artenvielfalt, PNV, Anpassung an Klimawandel, Verhinderung von Klimawandel etc.) soll keine Kiefer mehr nachwachsen, sondern Buchen und Eichen. Damit scheidet in den meisten Fällen die günstige, weil personalextensive, Naturverjüngung aus. Nun muss gepflanzt werden. Dazu kommt, dass in den meisten Staatsforsten die Wildstände (Rotwild, Muffel, Damwild, Rehwild) weit über dem angepassten naturverträglichen Niveau liegen, und somit ein Zaunbau erforderlich ist.

Der Privatwaldbesitzer, der nicht selbst die Jagd ausübt, ist auch in diesem Fall der Dumme: Das Wild, teils aus dem Staatsforst, frisst seine Naturverjüngung auf, er ist gezwungen, für eine künstl. und gezäunte Verjüngung zu sorgen.¹³ Falls er staatliche Subventionen in Anspruch nehmen möchte, darf er lediglich Laubholz pflanzen. Bei Misserfolg drohen empfindliche Strafen.

Im Szenario B hätten die privaten Bewirtschafter der Staatsflächen ein eigenes Interesse an der Herstellung angepasster Wildbestände, auch könnten sie deutlich massiver weil fachkundiger Einfluss auf weitere angrenzende Jagdbezirke nehmen. Die staatliche Forstaufsicht wäre wegen der Trennung von Jagd und Aufsicht wesentlich besser in der Lage, gegen überhöhte Wildbestände vorzugehen.

Markt für Forstwissenschaften:

Die forstliche Forschung und Lehre ist zur Zeit in Deutschland auf die vier Universitäten zzgl. einiger fachl. benachbarter Lehrstühle (z. B. Waldzentrum Münster) begrenzt. Zudem gibt es die wissenschaftl. Stabsstellen der Landesforstverwaltungen und einige Fachhochschulen mit wissenschaftlichem Anspruch. Und das v.-Thünen-Institut des Bundes. In diesen Institutionen arbeiten nahezu alle Forstwissenschaftler.

Die Finanzierung ist recht komplex, aber vereinfachend gibt es zwei Geldquellen: die Zuweisungen aus den Landes-/ Bundeshaushalten und „Drittmittel“.

¹³ Vgl. von Rotenhan, S. (2012): Leserbrief im Dauerwald, Nr. 45, S. 53-55.

Irgendwie gibt es auch hier eine Dominanz der Landesforstverwaltungen und ihrer Ansichten. So erlebe ich z. Zt. eine recht intensive (und unkritische) Auseinandersetzung mit dem Klimawandel, während betriebs- und volkswirtschaftliche Fragen eher ein Schattendasein führen.

Der Privatwaldbesitzer kann am wissenschaftl. Erkenntnisprozess in der Fachpresse oder bei Vorträgen/ Kolloquien teilhaben. Zu beobachten ist der Ansatz, wissenschaftliche Erkenntnisse für die sog. Praxis aufzuarbeiten. Doch wäre ein einziger Privatwaldbesitzer bereit, die Unsummen z. B. für Waldschadensforschung auszugeben, wenn er wüsste, dass außer gewaltigen Datensammlungen kein großer Nutzen für den Wald entstünde?

Ich beobachte eine Tendenz in der forstl. Forschung, dass sehr speziellen mathematischen Verfahren und teurer computergestützter Analyse und Visualisierung ein größerer Vorrang gegenüber dem tatsächlichen Nährwert für den Waldbesitzer gegeben wird.

Mitarbeiter in Forstverwaltungen treffen Entscheidungen und müssen sich gegenüber Hierarchien bzw. Landtagen dafür verantworten. Allein hier ist es –aus Sicht aller Betroffenen- scheinbar sinnvoll, teure wissenschaftliche Entscheidungshilfen (auch: hochgradig detaillierte Bodenkartierungen und Waldinventuren oder FFH-Kartierungen und –Managementpläne) anfertigen zu lassen. Es gibt nur Gewinner. Abgesehen vom Steuerzahler und auch vom privaten Waldbesitzer, der manche Inventuren dulden muss.¹⁴ Im Szenario B gibt es wenig Hierarchien und Prinzipal-Agent-Probleme:

Private Bewirtschafter treffen Entscheidungen aus ihrer Erfahrung, gepaart mit der Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und ansonsten nach dem Prinzip der Risiko-Minimierung. Sie brauchen die Wissenschaft, um Wahrheiten zu erfahren. Sie brauchen Wissenschaftler, die regional vernetzt sind.

Markt für Forstausrüstung:

Forstausrüstung beginnt mit der Motorsäge und endet bei der Schutzausrüstung.

Für den Waldbesitzer sind die Beschaffungskosten interessant, die in diesem Bereich notwendig sind. Diese werden beeinflusst durch anfallende Arbeiten, aber auch durch –leider sehr viele- gesetzliche Vorgaben, z. B. zum Arbeitsschutz. Was früher deutlich vernachlässigt wurde, ist heute im öffentlichen Wald teilweise ins Gegenteil verkehrt. Manche Anforderungen und erforderliche Qualitäts-Siegel wirken wie Markteintrittsbarrieren und daher wettbewerbsmindernd.

Große Landes-Forstbetriebe neigen dazu, große Lose bei Ausschreibungen zu machen. Dabei ist zu beobachten, dass Markenartikel in hohen Stückzahlen angefragt werden und dann vermutlich mit hohen Rabatten angeboten werden. Der kleine Waldbesitzer hingegen wird oft mit Katalogpreisen konfrontiert, auch weil der Verwaltungsaufwand zentralistischer Vertriebsstrukturen bei kleinen Einkäufen sehr hoch ist.

Im Szenario B verlagert sich das Einkaufsvolumen weg vom staatlichen Bereich hin zum Privatsektor. Vermutlich werden Gegenstände länger benutzt, manchmal vielleicht weniger Markenprodukte gekauft. Es gibt einen engeren Kontakt zwischen Einkaufsentscheider, Nutzer und Bezahler, bis hin zur Personalunion. Die Vertriebsstruktur könnte sich ggf. dezentralisieren, zum Nutzen des örtlichen Waldbesitzers.

¹⁴ Ludwig von Mises (Die Bürokratie, 1944, S. 60 f.) erläutert die Tendenz öffentlicher Verwaltungen zu eher steigenden Verwaltungskosten wie folgt: „Die Ausgaben einer Polizeiwache werden nicht durch ihre erfolgreiche Geschäftsführung gedeckt und verändern sich auch nicht im Verhältnis zum erzielten Erfolg. Wenn der Leiter der Gesamtbehörde es sich einfallen ließe, den ihm untergebenen Wachtmeistern bei den Geldausgaben völlig freie Hand zu lassen, so wäre das Ergebnis ein großer Anstieg der Kosten, da jeder von ihnen eifrig bemüht wäre, den Dienst seiner Abteilung so weit wie möglich zu verbessern.“

Markt für Jagd/ Wildpret:

Der Jagd-Markt ist hier der Markt für Jagdpachten. Während in der Nähe von Großstädten oder in sehr attraktiven Revieren Pachten ab 100 €/ha geboten werden, liegen die landläufigen Pachten in Brandenburg häufig bei 5-10 €/ha. Die Staatsforsten bejagt ihre Flächen selber oder vergeben meist Begehungsscheine (ca. 10-20 €/ha). Dieses wirkt in einer Umgebung, wo sehr viele Interessenten auftreten, pachtsteigernd, weil der Flächenpool entsprechend verringert wird. Grundsätzlich ist auch zu empfehlen, dass der Bewirtschafter auch die Jagdverantwortung trägt.

Die Vermarktung von Wildpret ist zum Teil mit einer Entsorgung zu vergleichen. Da man auf dem Ernährungsmarkt mit professionellen Konkurrenten zusammentrifft, führt Wildpret ein Nischendasein. Versuche einer regionalen Wertschöpfung scheitern häufig an strengen Hygiene-Bestimmungen und hohen Kosten bei gleichzeitig eher vorsichtiger Nachfrage. Gleichzeitig ist nach wie vor eine Überpopulation zu verzeichnen, der Gesamtwildschaden stieg gegenüber dem Vorjahr um 16% an.¹⁵

Im Szenario B hätten die örtlichen privaten Bewirtschafter ein großes Interesse, durch intensive Bejagung ihr Wild und die Lebensräume in Einklang zu bringen. Sie würden vermutl. auch keine langfristigen Pachtverträge abschließen. Die Wildpretvermarktung würde eher intensiviert werden, gleichzeitig würde sich wegen der endlich konsequenten Bestandesreduzierung das Wildpret-Angebot der Nachfrage annähern.

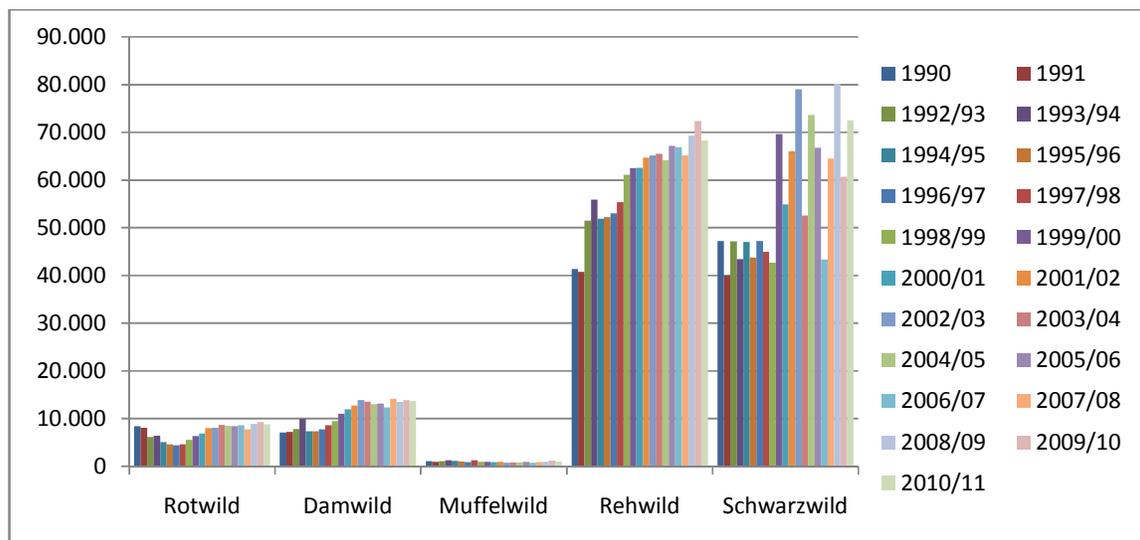


Abb. Schalenwild-Streckenentwicklung in Brandenburg lt. Streckenbericht¹⁶

Zusammenfassung

Eine Vergabe von Landeswald an private Bewirtschafter spart Landesmittel, da nur ein kleiner Kontrollaufwand beim Land verbleibt. Im Gegenteil erwirtschaften diese Wälder nun positive Deckungsbeiträge.

Gleichzeitig strahlt die nunmehr private und marktwirtschaftliche Eigenschaft der Dienstleister in die Umgebung aus, zum Wohle der meisten privaten Waldbesitzer.

¹⁵ Vgl. Jagdbericht 2010/11 des Landes Brandenburg, link:

http://www.mil.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Jagdbericht_2010-2011.pdf

¹⁶ Ebenda.

Weitere Veröffentlichungen des Privat-Instituts für nachhaltige Forstpolitik:

Was wir von den Polen lernen müssen

Was Waldbesitzer wirklich wollen

Analyse zur Forstreform in Brandenburg

Nach der Privatisierung ist vor der Kollektivierung?

Partnerschaften für den Wald

Metaphysik der Forstverwaltung

Über den Autor:

Stephan Fischer, Jg. 1972, ist Dipl.-Forstwirt, Assessor des Forstdienstes und Dipl.-Kfm.

Seit 2002 in Eberswalde als freiberuflicher Forstsachverständiger tätig.

Gründer der Internet-Plattform www.Forstprivatisierung.de

